

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 88 (1991)

Heft: 10

Artikel: Das Altersproblem kann nicht einfach an den Staat delegiert werden

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838372>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaftsbereichen abweicht. Die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Spendenmarkt beeinflussten auch die dynamische Effizienz karitativer Organisationen, d. h. die Anpassung an Veränderungen in der Situation der Spender oder Empfänger. Selbst wenn die Spender über relevante Veränderungen bei den Destinatären nicht informiert sind, was insbesondere bei Verbesserungen in der Lebenslage der Empfänger privater Sozialhilfe zu erwarten ist, kommt es bei funktionierendem Wettbewerb zu Angebotsanpassungen in die von den Spendern gewünschte Richtung.

D Folgerungen

14. Angesichts der postulierten qualitätssichernden Funktion des Goodwillmechanismus stellt Metzler (1990) die Notwendigkeit einer wirtschaftspolizeilichen Aufsicht über das Spendenwesen, die mittels einer Bewilligungspflicht für öffentliche Sammlungen implementiert wird, in Frage. Die juristisch gegebenen Klage- und Durchsetzungsmöglichkeiten der Spender würden angesichts der damit verbundenen Kosten nur wenig benutzt. Wesentliche Elemente in der Anpassungsstrategie karitativer Organisationen auf den Ausbau sozialstaatlicher Leistungen bildeten die Produktdifferenzierung in bisher marginale Tätigkeitsgebiete oder zu Komplementen bezüglich der staatlichen Leistungen sowie die stärkere Gewichtung selektiver Anreize bei der Spendenwerbung.

15. Wie eingangs erwähnt haben sich die karitativen Organisationen in der Schweiz durch die öffentliche Sozialpolitik nicht allzustark verdrängen lassen. Dies zumindest zeigt die überdurchschnittliche Zunahme (i. Vgl. zum BSP) des privaten Spendenaufkommens. Ob allerdings eine Deregulierung, wie sie Metzler (1990) auch in bezug auf die Wettbewerbsbeschränkungen durch private Kooperation fordert, die Effizienz karitativer Organisationen fördert, ist fraglich. Immerhin kann die Tätigkeit der Zentralstelle für Wohlfahrtsunternehmungen (ZEWO) ihrerseits als ein (effizienter) Beitrag zur Senkung von Informations- und Transaktionskosten gewertet werden, durch die Überprüfung der Seriosität der Sammler, die Auskunftserteilung über die Sammler, die Koordination der Sammlungen.

16. Die Weiterexistenz, ja z. T. auch offensichtliche Blüte der privaten Wohlfahrtstätigkeit im Schatten des Ausbaus des Sozialstaates sollte m. E. nicht darüber hinwegtäuschen, dass es um eine Arbeitsteilung öffentlicher und privater Anbieter geht, welche sich bislang grosso modo bewährt hat. Die komparativen Vorteile beider Angebote besser zu erkennen, sei als Programm festgehalten.

Das Altersproblem kann nicht einfach an den Staat delegiert werden

In einem Gespräch, das Peter Haller, Adjunkt der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion der Stadt Bern und Spezialist für Altersfragen, mit Redaktor Walter Däpp vom Berner «Bund» führte, wurden aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der zunehmenden Überalterung unserer Bevölkerung erörtert. Wir publizieren dieses

Interview, das im «Bund» vom 29. Juli 1991 erschienen ist, im Einverständnis mit den beiden Gesprächspartnern. p. sch.

«Alt werden», sagt Peter Haller, Adjunkt auf der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion der Stadt Bern und Spezialist für Altersfragen, «ist ein Prozess. Ein Prozess, der sich zuerst durch Verluste (körperliche Beeinträchtigungen) bemerkbar macht, der aber auch Gewinne mit sich bringt.»

Älter werden habe auch etwas mit Lebensgestaltung zu tun und heisse – auch wenn die Endphase des Alterns, der Tod, klar sei – nicht einfach «Wegtreten». Älter werden sei auch ein Voranschreiten. In einem «Bund»-Gespräch animiert Peter Haller die alten Leute, Selbstverantwortung zu übernehmen und eigene Initiative zu entfalten, denn: Das sogenannte Altersproblem könne nicht einfach an den Staat delegiert werden – dieser könne es nicht lösen.

«Bund»: Alt werden, alt sein – wann, Peter Haller, ist man heutzutage alt?

Peter Haller: Das ist eine Frage, die nicht zu beantworten ist. Grundsätzlich kann ich dazu höchstens sagen, dass das Alter für mich ein sekundäres Merkmal ist. Primäres Merkmal eines Menschen ist seine Persönlichkeit. Die Aussage, alte Menschen seien eben alt, gilt für mich in diesem Sinne nicht – es ist zum Beispiel nachgewiesen, dass alte Leute unter sich verschiedener sind als junge.

«Bund»: Man kann also nicht sagen, von soundsoviel Jahren an sei man alt?

Haller: Nein, das kann man nicht.

Aktive Senioren

«Bund»: Aber Sie befassen sich beruflich mit Altersfragen – da müssen Sie doch wissen, um welche Bevölkerungsschicht Sie sich zu kümmern haben?

Haller: Man kann, grob, natürlich gewisse Gruppen unterscheiden. Die Senioren zum Beispiel, die nach der Pensionierung heute in einer ausgesprochenen Aktivphase des Lebens sind. Früher waren das jene Grosseltern, von denen man sagte, «die sind jetzt alt». Heute gehen sie auf Weltreisen, machen Velotouren, lernen Sprachen oder Billard spielen. Auf der andern Seite gibt es hochbetagte Menschen, im sogenannten vierten Lebensalter, von denen viele hilfs- und pflegebedürftig sind. Doch das betrifft grösstenteils Betagte über 80 oder gar 85 Jahre.

«Bund»: Das sogenannte dritte Lebensalter wäre also eine Aktivphase, das vierte Lebensalter die hochbetagte Lebensphase?

Haller: Ja, so umschreibt man es. Zwar hat sich die obere Altersgrenze des Menschen gegenüber früher kaum erhöht. Aber es waren früher sehr wenige, die sie erreichten; heute sind es dagegen sehr viele. Die Medizin hat also nicht das Höchstalter des Menschen angehoben, sondern sie hat immer mehr Menschen davor bewahrt, im jüngeren Alter zu sterben. In Zahlen ausgedrückt: 1944 hatte die Stadt Bern etwa so viele Einwohner wie heute, die Zahl der Betagten (über 65jährige) hat sich seither jedoch verdreifacht, die Zahl der Hochbetagten (über 80jährige) sogar mehr als versiebenfacht. Die Chance, ein hohes Alter zu erreichen, ist heute sehr gross, und diese Entwicklung wird sich gemäss Bevölkerungsprognosen des Bundesamts für Statistik fortsetzen. Sehr alt werden – das ist heute eine Massenerscheinung.

Alt . . . und pflegebedürftig

«Bund»: Eine schöne Massenerscheinung, die aber auch ihre Kehrseite hat?

Haller: Ja. Da stellt sich für den einzelnen die Frage, ob er eine lange Abbau-phase zu erwarten hat, denn Alter – das war immer so und lässt sich nicht verdrängen – heisst auch Abbau, Annäherung an den Tod. Und da stellt sich für die Gesellschaft die Frage, wie sie einer wachsenden Zahl von Hilfs- und Pflegebedürftigen das zukommen lassen kann, was sie nötig hat. Oder anders gefragt: Wie wird die Gesellschaft (wie werden wir) die Betreuung der hilfs- und pflegebedürftigen Betagten sicherstellen, wenn die Wartelisten der Heime trotz allen Anstrengungen länger werden? Oder: Wie werden immer weniger Erwerbstätige die materielle Existenz von immer mehr alten Menschen sicherstellen können?

«Bund»: Das sind Fragen, denen sich niemand entziehen kann, auch nicht die jüngere Generation . . ., die ja auch einmal älter wird.

Haller: Ja, und dennoch werden sie meist unter vorgehaltener Hand geäussert. Wer will sich schon dem Verdacht aussetzen, er zweifle am Sinn eines sich ungebremst verlängernden Lebens oder eines Lebens in langer Pflegeabhängigkeit; denn das Leben ist doch ein Geschenk Gottes. Wer will schon die Medizin, die uns vor soviel Leid und Schmerz bewahrt, bezichtigen, sie erpresse von Gott immer grössere Zugaben zu diesem Geschenk? Wer will schon laut seine Befürchtung äussern, eine kommende Generation könnte eine allzu teure Solidarität mit einem Heer von Alten, die nicht sterben wollen oder dürfen, aufkündigen? Solche Fragen stören unser moralisches Empfinden, aber es wäre falsch, sich ihnen zu entziehen. Zuversicht in die Zukunft entsteht nicht dadurch, dass man Fragen unterdrückt und Ängste verdrängt.

Im Alter selbständig

«Bund»: Um zuversichtlich zu sein, müssen Fragen aber nicht nur gestellt, sondern auch beantwortet werden. Was ist konkret denn zu tun, damit die auf uns zukommenden Altersprobleme – vom einzelnen und von der Gesellschaft – bewältigt werden können?

Haller: Der Staat wird das sogenannte Altersproblem nicht lösen können. Anzustrebendes Ziel muss vermehrt sein, die Phase der Hilfs- und Pflegeabhängigkeit alter Leute möglichst kurz zu halten. Lange stand die Frage «Was können wir für die alten Leute tun» im Vordergrund. Heute fragt man: «Wie können wir alte Menschen und ihr Umfeld unterstützen, damit sie möglichst selbständig leben können?»

«Bund»: Es wird vermehrt also darum gehen, die alten Leute zu aktivieren? Sie zu animieren, so lange wie möglich für sich selber zu sorgen?

Haller: Natürlich geht es ums Aktivieren, wobei Aktivieren nicht falsch verstanden sein soll. Aktiv sein heisst nicht, von einem Termin zum andern zu hetzen, zum Beispiel auch eine reiche Beschaulichkeit kann Ausdruck grosser Aktivität sein. Ich meine damit eher, dass die alten Leute diese Lebensphase möglichst selbstverantwortlich gestalten – allenfalls, mit Unterstützung ihres engsten Umkreises. Für uns, die Gesellschaft, heisst das zum Beispiel, dass wir ihnen Dienstleistungen anbieten, die ihren Willen, selber etwas zu tun, fördern. Die ihnen Mut machen.

Und die auch die Angehörigen und Nachbarn ermutigen mitzuhelfen. Es ist also wahrscheinlich, dass die Familienpflege und die ambulanten Dienste einen noch erheblich höheren Beitrag an die Bewältigung des Pflegeproblems zu leisten haben. Sie müssen eine noch engere Partnerschaft eingehen. Altersbetreuung ist eben nichts für eine Service-Firma. Sie muss eingebettet sein in Lebenskreis und Umfeld des betreffenden Menschen.

Im «Lebenskreis» der Familie?

«Bund»: Wenn Sie vom «Lebenskreis» und vom «Umfeld» reden – denken Sie da ans traditionelle, aber hierzulande wohl kaum mehr ganz zeitgemässe Bild der Drei-Generationen-Familie? Sehen Sie denn künftig Grosseltern, Eltern und Kinder wieder einträchtig unter dem gleichen Dach miteinander wohnen?

Haller: Seit wir immer grössere Zweifel haben müssen, dass der Staat die Altersprobleme in Zukunft lösen kann, hat man diese Familienbilder, wie wir sie in Schulbuchgeschichten und auf Anker-Bildern kennen, natürlich sofort vor Augen. Die Familienforschung sagt uns jedoch, dass die Drei-Generationen-Familie als Wohngemeinschaft in neuerer Zeit nie bedeutend war. Diese Idylle war oft vorgespielt. Wo es ökonomisch möglich war, entschieden sich die Menschen schon immer für die kleinere Haushaltform. In Deutschland wohnen 4,3 Prozent der über 60jährigen in einem Drei-Generationen-Haushalt, und bei uns dürfte es nicht wesentlich anders sein. Autonomie war stets nicht nur ein Postulat der Jungen, sondern auch der Alten. Dies um so mehr, als heute die Grosseltern eben Mitglieder einer Aktivgeneration sind. Ein Minimum von Distanz ist von Alten und Jungen in gleichem Masse gefragt, auch wenn es nur ein separater Wohnungseingang ist.

«Bund»: Wenn es die Drei-Generationen-Familie schon praktisch nicht gibt, wie sehen Sie denn die Chancen der von Ihnen postulierten Familienpflege?

Haller: Die Chancen sind intakt. Auch wenn es die Drei-Generationen-Familie als Wohngemeinschaft praktisch nicht gibt, ist die Familie nicht zerfallen, sie ist eindeutig besser als ihr Ruf. Dass sie nicht mehr im gleichen Haushalt leben will, ist nicht ihr Ruin. Allen Vorbehalten zum Trotz werden heute 80 bis 90 Prozent der Hilfen auf Familien- oder Nachbarschaftsbasis geleistet.

Mögliche Lebensformen

«Bund»: Welches sind denn ideale Wohn- und Lebensformen für alte Leute in der Gegenwart und in der Zukunft?

Haller: Ich denke da zum Beispiel an Wohnformen, die es erlauben, die Räumlichkeiten der Familiengeschichte anzupassen (also heranwachsenden Jungen oder betagten Eltern durch Abtrennung «eigenen» Wohnraum zur Verfügung zu stellen). Ich denke auch an die Möglichkeit der betreuten (oder beschützten) Wohnung: Das ist eine Wohnung, in der jemand sein eigenes Leben weiterführen, bei Bedarf aber auf die Infrastruktur beispielsweise eines Heims zurückgreifen kann (Wohnheime und Seniorenresidenzen sind teilweise so konzipiert). Eine erstrebenswerte Variante ist auch die Alters-Wohngemeinschaft: dass älter werdende Menschen sich zusammentun und eine Wohngemeinschaft gründen, in der sie sich dann bei Bedarf auch gegenseitig betreuen. Die meisten alten Menschen

werden jedoch bestrebt sein, in der angestammten Wohnung zu bleiben, nötigenfalls mit Hilfe der ambulanten Dienste (Spitex).

«Bund»: Ist die Infrastruktur der Spitex-Dienste zum Beispiel in der Stadt Bern denn nun vorhanden, um die Pflegebedürfnisse der zahlreicher werdenden alten Leute zu befriedigen?

Haller: Wir haben gut funktionierende Spitex-Dienste in der Stadt Bern, ich könnte unzählige Dienstleistungen aufzählen (wichtigste Säulen sind Gemeindekrankenpflege, Hauspflege und Haushilfe). Ich möchte nur auf das Spitex-Info-Telefon hinweisen, das täglich im «Stadtanzeiger» unter «ambulante Dienste» zu finden ist (031/21 33 44). Man ist daran, diese Dienste weiter auszubauen. Doch es gibt auch Grenzen: Es gibt Betreuungsgrade, bei denen es für den Patienten nicht mehr Lebensqualität bedeutet, wenn er noch zu Hause sein kann. Abgesehen von den Kosten: Eine Betreuung rund um die Uhr durch ambulante Dienste wäre vom Aufwand her nicht zu verantworten. Man will in Zukunft vor allem aber vermehrt auf die individuellen Wünsche der pflegebedürftigen alten Leute eingehen: Sie sollen ihren Lebensstil auch im Alter frei wählen können, auch wenn sie pflegebedürftig werden.

«Die Alten» gibt es nicht

«Bund»: Was für den einen alten Menschen stimmen mag (Lebensabend im Altersheim oder in den eigenen vier Wänden zum Beispiel), muss also nicht unbedingt auch für den andern stimmen?

Haller: Ja. Man muss sich davor hüten, pauschal sagen zu wollen, was alte Leute wollen und was nicht. Er gibt eben sehr unterschiedliche alte Leute und entsprechend unterschiedliche Bedürfnisse. «Die alten Leute» schlechthin – die gibt es nicht.

Die aktiven Alten der Zukunft

«Senioren werden in Zukunft (fast) alles tun. Ihre Bedeutung als Wirtschaftsfaktor der Zukunft darf nicht unterschätzt werden. Auch die politische Bedeutung des 3. Lebensalters wird zunehmen. Es gibt Leute, denen dies Angst macht, weil sie annehmen, ein starker Einfluss dieser Altersklasse müsse notwendigerweise zu einer Politik führen, die nur noch an die Erhaltung bestehender oder an der Wiederherstellung früherer Zustände interessiert und zu keiner Neugestaltung der Zukunft mehr fähig sei.

Ich finde diese Auffassung in der Verallgemeinerung falsch und im Hinblick auf die künftige Bedeutung des Alters auch kontraproduktiv; obwohl zugegeben ist, dass gelegentlich alte Menschen den Stimmzettel als Denkzettel für eine allzu wohllebige und aufmüpfige Konjunkturgeneration anwenden. Die kommenden Altersgenerationen werden sich bestimmt nicht mit dem stummen Protest der Verbitterung an der Urne begnügen. Sie werden aktiv mitmischen wollen, denn das 3. Lebensalter, das sie vor sich haben, ist eine vollwertige Zukunft.

Und weil sie des Kampfes um einen guten Rang in der Arbeitswelt ledig sind, werden sie – sofern sie sich ihre Lebenszuversicht erhalten konnten – unverkrampfter an die Fragen der Gestaltung der Zukunft herangehen können als die berufliche Aktivgeneration.

Es ist unbedingt erforderlich, dass die Senioren künftig aktiver an der Zukunft mitbauen. Und ganz besonders muss auch die Lösung der kommenden Altersprobleme wieder vermehrt in die Hände jener gelegt werden, die bald davon betroffen sein könnten.»

Peter Haller